

Luxemburger Wort

Wohin geht der Euro?

Das Finanzsystem wird gegenwärtig kräftig durchgeschüttelt. Waren es vor knapp zwei Jahre die Banken, die einen massiven Vertrauensverlust erlitten hatten und daher von außen gestützt werden mussten, so sind in diesem Jahr die Staatshaushalte einiger Euro-Länder unter die Räder des Misstrauens geraten.

Hierbei vermischen sich zwei Ursachen: Zum einen hat die Finanzkrise den Staaten einen enormen Einsatz abverlangt. Anders als in zurückliegenden Banken Krisen hatte man jetzt massive Gegenmaßnahmen ergriffen, um die Krise einzudämmen. Das ist auch gelungen: Die Rezession in den von der Finanzkrise betroffenen Ländern ist bereits seit einem Jahr wieder vorbei. Zum anderen war allerdings die Konstitution der Staatsfinanzen in einigen Ländern bereits vor der Finanzkrise in einem derart schlechten Zustand, dass es nur eines Auslösers bedurfte, um das Vertrauen in die Rückzahlbarkeit dieser Schulden zu erschüttern. Dieser Auslöser war ebenfalls die Finanzkrise.

Als am stärksten von diesem Misstrauen betroffenen Land hat zunächst Griechenland den Internationalen Währungsfonds und die übrigen Länder der Währungsunion um Überbrückungskredite gebeten und diese auch erhalten. Wenig später war es offensichtlich, dass auch anderen Ländern das Vertrauen der Kapitalmärkte entzogen zu werden drohte, sodass eine größere Lösung notwendig wurde, wie sie beim Finanzministerrat in Gestalt eines allgemeinen Beistandsmechanismus unter Einbeziehung des Internationalen Währungsfonds auch gefunden wurde. Sie sendeten an die Kapitalmärkte die Botschaft, dass die europäische Politik am Euro festhalten wird.

Die Kapitalmärkte werden selbst diese energische Antwort der Politik nur dann akzeptieren, wenn mit ihr glaubwürdige Antworten auf die Frage verbunden sind, wie künftig der Weg in die Schuldengemeinschaft verhindert werden soll. So sind die Leistungen des neuen Beistandspakts innerhalb der Europäischen Währungsunion sehr umfangreich – etwa 500 Milliarden Euro zuzüglich weiterer Mittel des Internationalen Währungsfonds –, die damit einhergehenden Verpflichtungen für die Staaten sind jedoch wenig definiert.

Die gegenwärtigen Sparanstrengungen einiger Mitgliedsländer sind zwar ein positives Zeichen, ob sie tatsächlich einen lang anhaltenden Kurswechsel darstellen, ist ungewiss. Die Glaubwürdigkeit der Europäischen Währungsunion ist damit noch nicht wieder hergestellt.

An den Kapitalmärkten bildet sich zunehmend der Verdacht, dass die europäischen Staaten nicht mehr herausfinden aus dem Dickicht ihrer Schulden, und dass die Mitgliedsländer der Währungsunion sich nicht einig sein könnten über die Verteilung der Anpassungslasten. Daher wäre eine Verbindung des Beistandspakts mit langfristigen Konsolidierungsplänen notwendig gewesen. So wäre etwa eine freiwillige Einführung von verfassungsmäßigen Verankerungen des mittelfristigen Haushaltsausgleiches (Schuldenbremse) durch jedes Mitgliedsland ein starkes Zeichen gewesen. Die Staatsschuldenkrise vielen Industrieländern ist keine Sache mehr allein der Finanzkrise oder des Euro. Es geht vielmehr um das Ende einer finanzpolitischen Ära, in der die materiellen Mittel der entwickelten Länder unermesslich erschienen und geeignet, jeden Wunsch der Politik zu erfüllen. Mit dieser Illusion hat die Krise um den Euro aufgeräumt. Es ist nur die Frage, ob dies auch in der Politik angekommen ist.